Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Nr. 45/2007
74. Jahrgang
7. November 2007

DIW BERLIN

Wirtschaft Politik Wissenschaft

www.diw.de

Wochenbericht

Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Joachim R. Frick
jfrick@diw.de

Das private Vermögen in Deutschland ist vor dem Hintergrund der Erbschaftsteuerreform und der zunehmenden Privatisierung der sozialen Vorsorge verstärkt in den Blickpunkt der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion gerückt. Mit den Ergebnissen der Vermögenserhebung im Rahmen des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) steht nun erstmals eine Datenbasis zur Verfügung, mit der Höhe und Struktur des Geld- und Realvermögens sowie deren Verteilung auf Individuen in Deutschland im Jahr 2002 analysiert werden können. Die grundsätzliche Struktur dürfte sich seither nicht wesentlich verändert haben.

Danach verfügen rund zwei Drittel der Bevölkerung ab 17 Jahren über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen. Im Durchschnitt betrug das individuelle Netto-Vermögen im Jahr 2002 rund 81 000 Euro. Aufgrund der sehr ungleichen Verteilung liegt der Median, also der Wert, der die reiche Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt, nur bei etwa 15 000 Euro. Weitere Sozialstrukturanalysen zeigen große Unterschiede im individuellen Netto-Vermögen zwischen Männern und Frauen (96 000 Euro bzw. 67 000 Euro) sowie zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund (87 000 Euro bzw. 47 000 Euro).

Neben dem regelmäßigen Einkommen einer Person trägt auch deren Vermögen als Summe aller geldwerten Güter wesentlich zur individuellen ökonomischen Wohlfahrt bei.[1] Die einzelwirtschaftlichen Funktionen von Vermögen lassen sich wie folgt differenzieren[2]:

- Einkommensfunktion: Vermögen führt durch Zinserträge zu weiterem Einkommenszuwachs.
- Nutzungsfunktion: Sachvermögen kann selbst genutzt werden und schafft damit Freiheitsspielräume.
- Sicherungsfunktion: Vermögen kann bei Bedarf aufgebraucht werden.
- Statuserhaltungsfunktion: Größere Vermögen dienen zur Erreichung oder Bewahrung eines hohen sozialen Status.

1 Volkert, J., Klee, G., Kleimann, R., Scheurle, U., Schneider, F.: Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.), Bonn 2004.
2 Vgl. Hauser, R.: Integrierte Analyse von Einkommen und Vermögen – Forschungsstand und Ausblick. In: Weiterentwicklung der Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Experten-Workshop am 29. November 2006 in Berlin. Veranstaltung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG), Köln 2007, 12–29.

Inhalt

Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen
Seite **665**

Nanotechnologie in der Bevölkerung noch wenig bekannt
Seite **673**

22127

Methodische Probleme der Erfassung von Vermögen

Die Analyse der Vermögensverteilung auf Basis von Mikrodaten ist mit einer Reihe methodischer und statistischer Probleme verbunden.

In Bevölkerungsbefragungen werden Vermögensbestände für gewöhnlich auf der Haushaltsebene erfasst und in Form von Pro-Kopf-Vermögen ausgewiesen.[1] Das SOEP weist hier eine methodische Besonderheit auf, da von jeder Befragungsperson das individuelle Vermögen erfragt wird. Damit lassen sich im Vergleich zu einer Pro-Kopf-Betrachtung auch Unterschiede innerhalb von Haushalten bzw. Partnerschaften darstellen. Die hier präsentierten Analysen beziehen sich auf das individuelle Vermögen von Personen ab einem Alter von 17 Jahren in Deutschland,[2] d. h., die in privaten Haushalten stattfindende Umverteilung von Personen mit höheren Vermögen zu Haushaltsmitgliedern mit geringerem oder gar keinem Vermögen bleibt unberücksichtigt. Ein Vergleich aggregierter Vermögensbestände des SOEP mit der Vermögensstatistik der Deutschen Bundesbank belegt aber für die Mehrzahl der in dieser Studie ausgewiesenen Vermögenskomponenten eine, auch im internationalen Vergleich betrachtet, hohe Übereinstimmung.[3] Eine Ausnahme bildet das Geldvermögen mit einer Erfassungsquote von nur rund 50 %.[4]

In Bevölkerungsbefragungen werden gewöhnlich bestimmte Vermögenskomponenten nicht erfragt, da deren Erfassung besonders problematisch ist. Hierzu zählen Anwartschaften an die gesetzliche Rentenversicherung. Die akkumulierten Ansprüche aus rentenversicherungsrelevanten Tätigkeiten werden in Entgeltpunkte übertragen, die keinen direkten Bezug zum Sozialversicherungsvermögen erkennen lassen, und daher nicht direkt erfragbar sind. Noch stärker sind Ansprüche gegenüber Anwartschaften aus Betriebsrenten von dieser Problematik betroffen. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass insbesondere die erstgenannte Komponente den am häufigsten in der Bevölkerung anzutreffenden Vermögensbestandteil darstellt, da für die Mehrheit der erwerbsfähigen Bevölkerung Rentenversicherungspflicht besteht bzw. rentenversicherungsrelevante Ansprüche, z. B. in Form von Ausbildungs- oder Kindererziehungszeiten, erzielt wurden.

Das Sachvermögen umfasst den Wert des gesamten Hausrats inklusive aller im Haushalt vorhandenen (Kraft-) Fahrzeuge. Da eine Einschätzung des gesamten Hausrates zum aktuellen Marktwert schwerlich von einem Befragten gegeben werden kann, wurde in die vorliegende Studie nur Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände einbezogen. Aufgrund dieser Einschränkung wird diese Vermögenskomponente im Aggregat im Vergleich zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterschätzt.

Dem in Bevölkerungsumfragen verbreiteten Problem einer nicht aussagekräftigen Repräsentation hoher Einkommen und Vermögen wird im SOEP seit 2002 durch die Teilstichprobe „Einkommensstarke Haushalte" Rechnung getragen. Vor dem Hintergrund der stark ungleichen Vermögensverteilung kommt dieser Stichprobe besondere Bedeutung für Analysen zur Vermögensverteilung zu.[5] Daneben kann der Zusammenhang zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung vor allem für die Gruppe der Hocheinkommensbezieher eingehend dargestellt werden, da Vermögensbestände, Vermögenseinkommen und Ersparnis in hohem Maße vom verfügbaren Einkommen abhängig sind.

Eine weitere Problematik ergibt sich aus der Notwendigkeit der marktnahen Bewertung von Vermögensbeständen. So wird das Immobilienvermögen aus steuerlicher Sicht mit dem Einheitswert bewertet, der i. d. R. deutlich unter dem Verkehrswert liegt. Die Schätzung eines Verkehrswertes im Rahmen einer Befragung ist schwierig, insbesondere wenn das Objekt ererbt oder bereits vor längerer Zeit gekauft wurde und der Befragte nicht über ausreichende aktuelle Marktkenntnis verfügt. Auch die Bewertung von Betriebsvermögen ist bekanntermaßen besonders schwierig. Vermögenswerte können im Gegensatz zu regelmäßigen Einkommen, insbeson-

1 Vgl. z. B. die Ergebnisse auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die Vermögen nur auf der Haushaltsebene erfasst: Hauser, R., Stein, H.: Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland. Frankfurt a. M. 2001.

2 Damit wird das von Kindern gehaltene Vermögen explizit vernachlässigt, wobei davon auszugehen ist, dass dieses nur einen sehr geringen Anteil am Gesamtvermögen ausmacht.

3 Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M., Sierminska, E. M.: Representative Wealth Data for Germany from the German SOEP: The Impact of Methodological Decisions around Imputation and the Choice of the Aggregation Unit. DIW discussion paper no. 562, Berlin, March 2007.

4 Diese auch im internationalen Vergleich bekannte Tatsache einer Unterfassung des Finanzvermögens bei Bevölkerungsbefragungen ist u. a. das Ergebnis von Unterschieden in der Abgrenzung der unterstellten Vermögen und der Berichtskreise. So werden in der Vermögensstatistik der Deutschen Bundesbank auch die Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, etc.) berücksichtigt, während das SOEP nur Informationen über Personen in Privathaushalten erhebt. Als weiteres werden in der Vermögensstatistik der Deutschen Bundesbank auch Anwartschaften an die private Krankenversicherung (PKV) dem Finanzvermögen der Privathaushalte zugerechnet, obwohl privat Krankenversicherte keinen direkten Zugriff auf dieses Vermögen haben. Diese Anwartschaften beliefen sich im Jahr 2005 allein auf über 103 Mrd. Euro (PKV 2006: Zahlenbericht der privaten Krankenversicherung 2005/2006, 4).

5 Vgl. Frick, J. R., Goebel, J., Grabka, M. M., Groh-Samberg, O., Wagner, G. G.: Zur Erfassung von Einkommen und Vermögen in Haushaltssurveys: Hocheinkommensstichprobe und Vermögensbilanz im SOEP. DIW Data Documentation Nr. 19, Berlin 2007.

dere Sozialversicherungsrenten, sehr volatil sein und damit die Bewertung zusätzlich erschweren. Dies führt wiederum, neben der generellen Sensitivität dieser Thematik, auch zu mehr Antwortverweigerungen bei vermögensrelevanten Fragen. Neben einer umfassenden Konsistenzprüfung der individuellen Angaben werden im SOEP ausnahmslos alle fehlenden Vermögenswerte mittels multipler Imputation ersetzt.[6]

6 Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M., Marcus, J.: Editing and Multiple Imputation of Item-Non-Response in the 2002 Wealth Module of the German Socio-Economic Panel (SOEP). SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin, No. 18/2007.

- Vererbungsfunktion: Vermögen kann vererbt oder verschenkt werden.
- Machtfunktion: Große Vermögen verleihen wirtschaftliche und politische Macht.

Im Zusammenhang mit der Berücksichtigung des individuellen Vermögens bei der Berechnung von Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung (AlG II) und bei der Bewertung alternativer Instrumente der Altersvorsorge (z. B. Mitarbeiterbeteiligungen) wird deutlich, dass sich die Gewichte innerhalb dieser Vielzahl von Einzelfunktionen im Laufe der Zeit verschieben. Die Analyse der individuellen Vermögenssituation erhält damit besondere Bedeutung.[3]

Datenbasis für die folgenden Berechnungen zur Vermögensverteilung ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP).[4] Eine Schwerpunktbefragung im Jahr 2002 widmete sich eingehend der Vermögenssituation. Im Gegensatz zu herkömmlichen Befragungen, bei denen der Vermögensbestand auf Haushaltsebene erhoben und zum Zweck der Verteilungsanalyse jedem Haushaltsmitglied zugewiesen wird, erfragt das SOEP einzelne Vermögenskomponenten direkt von allen Personen ab 17 Jahren. Dadurch ist es im Prinzip möglich, auch die private Umverteilung *innerhalb* von Haushalten zu analysieren.

Das SOEP erfasst sieben verschiedene Vermögenskomponenten: selbst genutzter und sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem bebaute Grundstücke, Mietshäuser), Geldvermögen (Sparguthaben, Spar- und Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile), Vermögen aus privaten Versicherungen (Lebens- und private Rentenversicherungen, Bausparverträge), Betriebsvermögen (Besitz oder Beteiligung an einer Firma, einem Geschäft oder einem Betrieb),[5] Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen (Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände etc.) sowie Schulden (Konsumenten- und Hypothekenkredite).[6] Gerade bei Immobilien und Sachvermögen ergeben sich erhebliche Bewertungsprobleme (Kasten).

Nach Abzug der Verbindlichkeiten vom Brutto-Vermögen erhält man das wohlfahrtsökonomisch relevante Netto-Gesamtvermögen, das Gegenstand der Analysen zur personellen Vermögensverteilung ist.[7]

Personelle Vermögensverteilung für Deutschland 2002

Die hochgerechneten Angaben auf Basis des SOEP ergeben für das gesamte Brutto-Vermögen (ohne Sachvermögen) im Jahr 2002 rund 6,5 Billionen Euro,[8] wobei der Grund- und Immobilienbesitz mit 4,5 Billionen Euro den größten Teil ausmachte. Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte beliefen sich auf mehr als 1,1 Billionen Euro, vorrangig bestehend aus Konsumenten- und Hypothekarkrediten. Damit betrug das Netto-Gesamtvermögen (ohne Sachvermögen) 5,4 Billionen Euro.[9]

Im Durchschnitt verfügten die Personen ab 17 Jahren über ein Netto-Gesamtvermögen von rund 81 000 Euro (Tabelle 1). Die Mitte der Vermögensverteilung, der Median, liegt dagegen bei nur 15 000 Euro. Aus der Differenz zwischen diesen beiden Werten wird deutlich, dass sich in der oberen Hälfte der

3 Siehe das aktuelle Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2007/08.
4 Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies, Vol. 127(1), 2007, 139–169.
5 Dieses wird in der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes nicht erfasst.
6 Zu beachten ist, dass sowohl beim Finanz- und Sachvermögen als auch bei Konsumentenkrediten nur Vermögenswerte ab einer Untergrenze von 2 500 Euro erfasst werden. Zwar wird damit der Anteil der Personen mit einem Netto-Gesamtvermögen von null überschätzt, jedoch hat dieses Vorgehen aufgrund der eher geringen nicht erfassten Vermögensmasse nur einen marginalen Einfluss auf die Verteilung insgesamt.
7 Die vorliegenden Ergebnisse beruhen auf dem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsvorhaben: „Erstellung und Analyse einer konsistenten Geld- und Realvermögensverteilungsrechnung für Personen und Haushalte 2002 und 2007 unter Berücksichtigung der personellen Einkommensverteilung" (Projektnummer: S-2006-835-4; Projektleitung Markus M. Grabka und Joachim R. Frick).
8 Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M., Sierminska, E. M.: Representative Wealth Data for Germany from the German SOEP: The Impact of Methodological Decisions around Imputation and the Choice of the Aggregation Unit. DIW Discussion paper no. 672, Berlin 2007.
9 Dieser Betrag ist niedriger als das in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ausgewiesene Netto-Gesamtvermögen. Die Differenz erklärt sich u. a. dadurch, dass in der VGR auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck den privaten Haushalten zugerechnet werden, und dass Anwartschaften an die private Krankenversicherung dem Vermögen aus privaten Versicherungen zugewiesen werden; vgl. Kasten.

Tabelle 1

Individuelles Netto-Vermögen in Deutschland 2002

Verteilungskennwerte	West-	Ost-	Gesamt-
	Deutschland		
In Euro			
Mittelwert	91 486	34 290	80 722
Median	18 326	7 554	15 000
p90	232 360	103 379	207 160
p95	345 804	150 520	312 941
p99	791 926	292 395	736 781
Konzentrationsmaße			
Gini-Koeffizient	0,779	0,801	0,790
p90/p50	12,68	13,69	13,81
In Prozent			
Personen mit negativem Vermögen	5,3	5,8	5,4
Personen mit einem Vermögen von Null[1]	24,3	24,3	24,3

1 Der Anteil der Personen ohne Vermögen ist überschätzt, da für drei Komponenten (Geldvermögen, private Versicherungen und Konsumentenkredite) ein Schwellenwert von 2 500 Euro vorausgesetzt wird.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

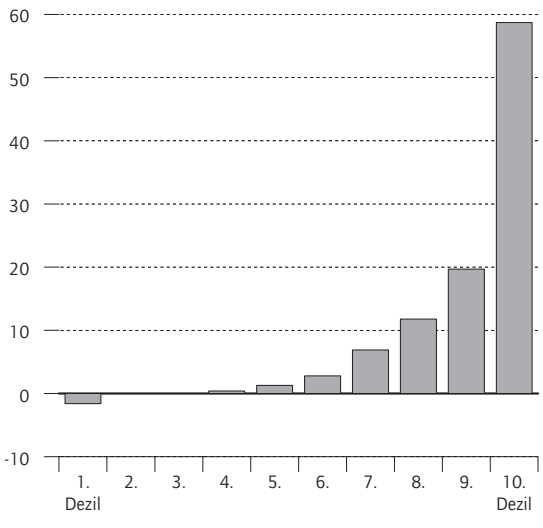
Verteilung eine größere Zahl von Personen mit sehr hohen Vermögen befinden; dadurch wird der Durchschnitt, das arithmetische Mittel, stark nach oben gezogen. Das reichste Zehntel der erwachsenen Bevölkerung besitzt ein Netto-Gesamtvermögen von mindestens 207 000 Euro. Knapp 30 Prozent der erwachsenen Bevölkerung verfügen über kein Vermögen oder sind sogar verschuldet.

Sortiert man die Personen nach der Höhe ihres Netto-Vermögens und bildet dann zehn gleich große Gruppen (Dezile), so zeigt sich, dass das reichste Zehntel annähernd 60 Prozent und das oberste Prozent allein mehr als 20 Prozent des gesamten Vermögens auf sich vereinen (Abbildung 1). Mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung verfügt dagegen über kein oder nur ein sehr geringes individuelles Netto-Vermögen. Die untersten 70 Prozent der nach dem Vermögen sortierten Bevölkerung haben einen Anteil am Gesamtvermögen von weniger als 10 Prozent.

Abbildung 1

Individuelles Netto-Vermögen nach Dezilen in Deutschland 2002

Anteile in Prozent



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Die sehr ungleiche Verteilung zeigt sich auch in einem relativ hohen Gini-Koeffizienten. Dieser lag für Deutschland insgesamt im Jahr 2002 bei 0,790 und damit recht nahe beim Maximalwert 1 (Tabelle 1).[10]

Ein alternatives Verteilungsmaß ist das 90/50-Dezilsverhältnis, welches die untere Vermögensgrenze der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung auf die obere Vermögensgrenze der ärmsten 50 Prozent (Median) bezieht. Diese Kennziffer gibt also das Vielfache des Vermögens reicher Personen im Verhältnis zum Mittelpunkt der Vermögensverteilung an. Für 2002 errechnet sich ein Wert von 13,81, d. h., die „ärmste" Person innerhalb der Top-Zehn-Prozent-Gruppe übertraf den Median der Verteilung um fast das 14-fache.

Die Erwachsenen in den alten Bundesländern halten ein individuelles Netto-Vermögen von durchschnittlich rund 91 500 Euro – rund 2,6-mal soviel wie in den neuen Ländern. In diesem Ergebnis kommen vor allem die um rund zehn Prozentpunkte niedrigere Quote von selbst nutzenden Wohneigentümern in den neuen Ländern sowie die dort insgesamt deutlich niedrigeren Verkehrswerte von Immobilien zum Ausdruck. Beim Geldvermögen haben die Personen in den neuen Ländern bereits fast 60 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht.

In den neuen Ländern ist das Vermögen stärker konzentriert als in den alten. Dies erklärt sich dadurch, dass gemessen am Netto-Vermögen die Bevölkerung der neuen Länder eine höhere Verschuldung aufweist.

Personen mit Migrationshintergrund[11] besitzen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung ein weit unterdurchschnittliches Vermögen (Tabelle 2). Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern verfügen sie über jeweils weniger als die Hälfte

10 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichheit. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit. Beim Einkommen ist die Ungleichheit der Verteilung wesentlich geringer als beim Vermögen. So lag der Gini-Koeffizient für das bedarfsgewichtete verfügbare Einkommen der Personen in Privathaushalten 2002 bei nur 0,282.

11 Diese Kategorie umfasst Personen, die seit 1949 nach Deutschland zugewandert sind, sowie Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

des durchschnittlichen Vermögens. Bemerkenswert ist, dass Migranten in den alten Ländern mit durchschnittlich rund 13 000 Euro mehr Vermögen besitzen als die einheimische Bevölkerung in den neuen Ländern. Dies ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zur ostdeutschen Bevölkerung westdeutsche Migranten häufiger nennenswertes Betriebsvermögen aufweisen; dieses ist aber auf relativ wenige Personen konzentriert.[12]

Vermögenszusammensetzung

Die Betrachtung der Nettogrößen reicht für eine eingehende Analyse der Vermögensverhältnisse nicht aus. So kann ein niedriges Netto-Vermögen das Ergebnis eines hohen Brutto-Vermögens bei gleichzeitig ähnlich hohem Schuldenstand sein (z. B. bei jungen Familien kurz nach dem Erwerb eines mit Hypotheken belasteten Eigenheims), oder es kann schlicht ein niedriges Geldvermögen ausdrücken.

Geldvermögen mit 43 Prozent und private Versicherungen (inkl. Bausparverträge) mit rund 47 Prozent sind die am weitesten verbreiteten Anlageformen. Knapp 30 Prozent der Bevölkerung weisen Verbindlichkeiten in Form von Hypotheken- oder Konsumentenkrediten auf (Tabelle 3).

Hinsichtlich der quantitativen Bedeutung sind selbst genutzte Immobilien mit einem Mittelwert von etwas mehr als 50 000 Euro die wichtigste Anlageform, es folgen sonstiger Immobilienbesitz mit 16 500 Euro und Betriebsvermögen mit 10 000 Euro (Tabelle 4).[13] Den Vermögensbeständen stehen im Durchschnitt der erwachsenen Bevölkerung Verbindlichkeiten von 16 000 Euro gegenüber. Insgesamt ergibt sich ein Netto-Gesamtvermögen von knapp unter 81 000 Euro.

Ein Vergleich der Portfoliostruktur mit der Besitzerstruktur belegt die Relevanz von Betriebsvermögen: Während lediglich 4 Prozent aller Personen diese Vermögensform halten, macht das Betriebsvermögen 12 Prozent des gesamten Netto-Vermögens aus. Große Bedeutung hat auch Immobilienbesitz,[14] während Finanzaktiva und private Versicherungen zwar sehr breit gestreut sind, aber jeweils lediglich rund 11 Prozent des Netto-Vermögens darstellen.

12 Der Median des Vermögens von Migranten liegt bei 500 Euro, gegenüber knapp 8 000 Euro bei der Bevölkerung in den neuen Ländern.
13 Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Vermögenserhebung im SOEP Ansprüche an die Sozialversicherung (GRV) ausblendet, siehe Kasten.
14 Im Jahr 2002 lebten zwar rund 47 Prozent aller Personen in Deutschland in Haushalten mit selbst genutztem Wohneigentum, der Anteil der Personen, die selbst genutzte Immobilien besitzen lag aber nur bei 36 Prozent. In vielen Haushalten gehören selbst genutzte Immobilien nur einem Haushaltsmitglied.

Tabelle 2

Individuelles Netto-Vermögen und Migrationshintergrund[1] in Deutschland 2002

	Ohne	Mit
	Migrationshintergrund	
Westdeutschland		
Mittelwert in Euro	101 265	48 229
Median in Euro	25 514	515
Bevölkerungsanteil in %	66,2	15,0
Ostdeutschland[2]		
Mittelwert in Euro	35 102	14 606
Median in Euro	7 947	0
Bevölkerungsanteil in %	18,1	0,7
Deutschland insgesamt		
Mittelwert in Euro	87 078	46 633
Median in Euro	19 921	416
Bevölkerungsanteil in %	84,3	15,7

1 Personen, die seit 1949 nach Deutschland zugewandert sind, sowie Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.
2 Weniger als 100 Fälle.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Sowohl der mittlere Wert als auch die Häufigkeit des Immobilienbesitzes fallen in den neuen Ländern deutlich niedriger aus als in den alten. Geldvermögen und private Versicherungen werden in beiden Landesteilen in ähnlichem Maße gehalten, deren relative Bedeutung ist in Ostdeutschland aber – ungeachtet der geringeren Marktwerte – höher als in den alten Ländern. Auffallend ist zudem, dass die relative Bedeutung von Schulden in den neuen Ländern mit 26 Prozent um rund sechs Prozentpunkte höher ist als in den alten Ländern, auch wenn der absolute Betrag im Osten mit rund 9 000 Euro nur halb so hoch ist wie im Westen.

Tabelle 3

Vermögenskomponenten

Anteil der jeweiligen Besitzer an der Bevölkerung[1]

	West-	Ost-	Gesamt-
	Deutschland		
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	38,1	28,8	36,4
Sonstiger Immobilienbesitz	10,9	6,3	10,0
Geldvermögen[2]	43,1	42,9	43,1
Private Versicherungen[2]	46,7	49,8	47,3
Betriebsvermögen	4,3	3,5	4,1
Sachvermögen	9,7	3,2	8,5
Schulden[2]	29,6	24,1	28,5

1 Personen in Privathaushalten im Alter ab 17 Jahren.
2 Bei der Erhebung wurden lediglich Beträge ab 2 500 Euro erfasst.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Tabelle 4

Portfoliostruktur des individuellen Netto-Vermögens in Deutschland 2002

	West-	Ost-	Gesamt-
	Deutschland		
In Prozent			
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	62,0	73,4	62,9
Sonstiger Immobilienbesitz	21,1	9,9	20,2
Geldvermögen[1]	11,5	17,5	12,0
Private Versicherungen[1]	10,7	14,2	11,0
Betriebsvermögen	12,4	9,6	12,2
Sachvermögen	1,7	1,3	1,7
Schulden[1]	–19,4	–26,0	–19,9
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**
In Euro			
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	56 695	25 169	50 762
Sonstiger Immobilienbesitz	19 303	3 410	16 312
Geldvermögen[1]	10 553	6 008	9 697
Private Versicherungen[1]	9 789	4 864	8 862
Betriebsvermögen	11 365	3 292	9 846
Sachvermögen	1 543	448	1 337
Schulden[1]	–17 763	–8 902	–16 095
Insgesamt	**91 486**	**34 290**	**80 722**
Nachrichtlich: Bevölkerungsanteil	81,2 %	18,8 %	100,0 %

1 Bei der Erhebung wurden lediglich Beträge ab 2 500 Euro erfasst.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Zusammenhang von Vermögen und Einkommen

Das verfügbare Einkommen ist zwar deutlich weniger konzentriert als das Vermögen, zwischen den Verteilungen dieser beiden Größen besteht aber ein enger Zusammenhang. In Tabelle 5 sind das arithmetische Mittel und der Median des individuellen Netto-Gesamtvermögens nach Dezilen der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen dargestellt.[15] Es zeigt sich, dass mit zunehmendem Einkommen auch das individuelle Netto-Vermögen steigt. So standen den einkommensstärksten 10 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2002 durchschnittlich rund 270 000 Euro an individuellem Vermögen zur Verfügung, während das individuelle Netto-Vermögen der einkommensschwächsten 10 Prozent weniger als 20 000 Euro betrug.

Tabelle 5

Individuelles Vermögen nach Dezilen des verfügbaren Haushaltseinkommens[1]

In Euro

Einkommensdezil	Median	Mittelwert
1	0	19 316
2	340	23 996
3	5 000	38 739
4	9 554	43 878
5	10 000	48 689
6	22 930	63 542
7	27 749	90 610
8	35 999	93 338
9	70 062	121 904
10	132 682	269 998

1 Äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Individuelle Vermögensposition nach Alter

Ein Vergleich der Vermögensbestände nach Altersklassen zeigt ein klassisches Lebenszyklusmuster (Abbildung 2): Bis zu einem Alter von 25 Jahren verfügen junge Erwachsene über ein durchschnittliches Netto-Gesamtvermögen von weniger als 4 000 Euro. Nach Abschluss der Ausbildungsphase und mit dem Eintritt in das Erwerbsleben besteht die Möglichkeit des Sparens und des Aufbaus von Vermögen; gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit von Erbschaften bzw. Vorabübertragungen. Daher steigt das durchschnittliche Netto-Gesamtvermögen ab einem Alter von mehr als 25 Jahren deutlich. Das höchste Netto-Vermögen besitzt mit knapp unter 130 000 Euro die Gruppe der 56- bis 65-jährigen. Hierbei kommt dem Aufbau von Netto-Vermögen in Form von Schuldentilgung bei Immobilien besondere Bedeutung zu, da Hypotheken i. d. R. bis zum Eintritt des Rentenalters abbezahlt sind. Mit dem Beginn des Übergangs in den Ruhestand sinkt zwar das individuelle Netto-Gesamtvermögen aufgrund des Aufzehrens von Vermögensbeständen (einschließlich Vorabübertragungen an jüngere Generationen) leicht, jedoch halten ältere Menschen im Durchschnitt weiterhin mehr als 100 000 Euro Netto-Vermögen.

Während die älteren Menschen (66–75 Jahre) in den alten Ländern über ein Vermögen von rund 160 Prozent des gesamtdeutschen Mittelwertes verfügen, erreicht die Vermögensposition dieser Altersgruppe in den neuen Ländern nur rund 40 Prozent des Durchschnitts. Dieser deutliche Nachteil Älterer in Ostdeutschland ist vor allem bedingt durch die fehlenden Akkumulationsmöglichkeiten in der ehemaligen DDR; dabei wirkt sich der niedrigere Wohneigentümeranteil nachhaltig aus.

15 Um den Größenvorteilen gemeinsamen Wirtschaftens in Mehr-Personen-Haushalten und den entsprechend niedrigeren Bedarf zusätzlicher Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, wird hier eine standardmäßige Bedarfsgewichtung gemäß der modifizierten OECD-Äquivalenzskala vorgenommen.

Vermögenssituation nach dem Geschlecht

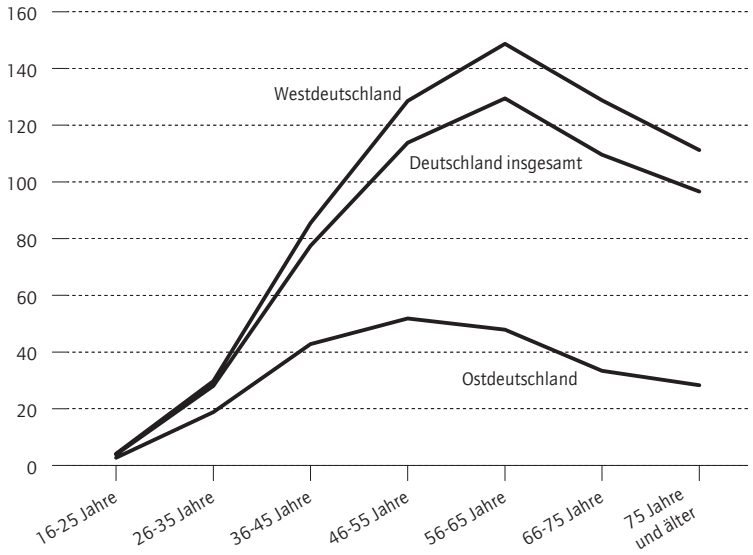
Aufgrund der individuellen Erfassung von Vermögensbeständen im SOEP, ist es erstmals möglich eine geschlechtsspezifische Darstellung von Vermögen für Deutschland vorzunehmen (Tabellen 6 und 7). Das durchschnittliche individuelle Netto-Gesamtvermögen von Männern im Alter ab 17 Jahren war 2002 mit rund 96 000 Euro um rund 29 000 Euro höher als dasjenige von Frauen. Bezogen auf den Median der jeweiligen Gruppen fällt dieser Unterschied sogar noch deutlicher aus: Hier ist das Vermögen der Männer mit etwa 20 000 Euro sogar rund doppelt so hoch wie das der Frauen. Die Vermögensverteilung bei den Männern ist damit wesentlich ungleicher als bei den Frauen. Dieser Unterschied ist einerseits darauf zurückzuführen, dass Männer *häufiger* bestimmte Vermögenskomponenten wie Geld-, Betriebsvermögen oder private Versicherungen halten. Zum anderen fallen aber auch die durchschnittlichen *Beträge* bei den hier beobachteten Vermögens- und Schuldenkomponenten bei Männern deutlich höher aus als bei Frauen.[16]

16 Weitere Analysen geschlechtsspezifischer Vermögensunterschiede weisen darauf hin, dass dieser Unterschied im wesentlichen von Verheirateten herrührt, während die Differenz der geschlechtsspezifischen Vermögen bei jungen Singles bzw. älteren Verwitweten nicht signifikant sind. Dies kann auch ein Hinweis darauf sein, dass Besitz von Vermögen nicht notwendigerweise mit Verfügungsgewalt gleichgesetzt werden darf. So kann es aus steuerrechtlichen Gründen sinnvoll sein, Betriebsvermögen über den männlichen Partner laufen zu lassen, während das gemeinsam erworbene Wohneigentum offiziell nur dem weiblichen Partner gehört, um im Falle der Insolvenz geschützt zu sein. Weitere Analysen finden sich in: Frick, J. R., Grabka, M. M., Sierminska, E. M.: Representative Wealth Data for Germany from the German SOEP: The Impact of Methodological Decisions around Imputation and the Choice of the Aggregation Unit. DIW discussion paper No. 562, Berlin, March 2007.

Abbildung 2

Individuelles Netto-Vermögen nach Altersgruppen in Deutschland 2002

In 1 000 Euro



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Fazit

Rund zwei Drittel der Bevölkerung verfügten im Jahr 2002 über kein oder nur ein sehr geringes individuelles Netto-Vermögen (Geld- und Realvermögen).

Tabelle 6

Individuelles Netto-Vermögen in Deutschland 2002 nach dem Geschlecht der Besitzer

	Männer	Frauen
In Euro		
Mittelwert	95 928	67 380
Median	20 000	10 518
In Prozent		
Relative Vermögensposition	119	83
Personen mit negativem Vermögen	21,3	27,0
Personen mit einem Vermögen von Null[1]	6,4	4,5
Nachrichtlich: Bevölkerungsanteil	46,7	53,3

1 Der Anteil der Personen ohne Vermögen ist überschätzt, da für drei Komponenten (Geldvermögen, private Versicherungen und Konsumentenkredite) ein Schwellenwert von 2 500 Euro vorausgesetzt wird.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Tabelle 7

Portfoliostruktur des individuellen Netto-Vermögens in Deutschland 2002 nach dem Geschlecht der Besitzer

	Männer	Frauen
In Euro (Mittelwerte)		
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	52 947	48 845
Sonstiger Immobilienbesitz	19 518	13 500
Geldvermögen[1]	11 272	8 316
Private Versicherungen[1]	12 018	6 094
Betriebsvermögen	17 345	3 266
Sachvermögen	1 504	1 191
Schulden[1]	−18 675	−13 832
Insgesamt	**95 928**	**67 380**
Anteil der jeweiligen Besitzer an der Bevölkerung[2] in Prozent		
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	37,7	35,2
Sonstiger Immobilienbesitz	11,2	9,0
Geldvermögen[1]	45,8	40,7
Private Versicherungen[1]	52,6	42,6
Betriebsvermögen	6,3	2,2
Sachvermögen	8,5	8,4
Schulden[1]	−32,4	−25,2

1 Bei der Erhebung wurden lediglich Beträge ab 2 500 Euro erfasst.
2 Personen in Privathaushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Im Gegensatz dazu besitzen die reichsten 10 Prozent knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens. Das arithmetische Mittel beläuft sich in Deutschland insgesamt auf knapp 81 000 Euro, wobei Personen in den alten Ländern mit knapp unter 92 000 Euro rund 2,6-mal soviel Vermögen besitzen wie diejenigen in den neuen Ländern. Auch zwischen Männern und Frauen zeigen sich große Unterschiede. Männer besaßen 2002 mit rund 96 000 Euro etwa 29 000 Euro mehr Vermögen als Frauen.

Das Vermögen ist in Deutschland weitaus stärker konzentriert als das verfügbare Einkommen. Dabei besteht aber ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Höhe des verfügbaren Einkommens und dem individuellen Netto-Vermögen.

Der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am gesamten Volkseinkommen hat von 1996 bis 2006 um knapp 4 Prozentpunkte auf 33,8 Prozent zugenommen.[17] Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von Vermögenseinkommen, der stark ungleichen Vermögensverteilung und des engen Zusammenhangs zwischen laufenden Einkommen und der Höhe des Vermögens besteht unter anderem ein verstärktes Interesse an einer Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer.[18] Die im internationalen Vergleich geringen Steuersätze und die sehr hohen Freibeträge in Deutschland sollten im Rahmen einer Überarbeitung der Steuergesetzgebung vor dem Hintergrund der hier vorgelegten Ergebnisse überdacht werden, zumal der Anteil der Erbschafts- und Schenkungssteuer am gesamten Steueraufkommen mit durchschnittlich 4 Mrd. Euro oder 0,8 Prozent der Steuereinnahmen recht gering ausfällt.[19]

Zudem werden mit der Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. 1. 2009 Vermögenseinkommen pauschal nur noch mit einem Satz von 25 Prozent (plus Solidarzuschlag und eventueller Kirchensteuer) belastet, während nach der derzeitigen Rechtslage der individuelle Steuersatz anzuwenden ist. Je nach Höhe des zu versteuernden Einkommens kann es damit zu bedeutenden Verringerungen der Steuerschuld – vor allem bei einkommensstarken Gruppen – kommen.

Einer weiteren Vermögenskonzentration könnte durch eine höhere Attraktivität und stärkere Verbreitung von Mitarbeiterbeteiligungen begegnet werden. Hierbei sollte aber eine Trennung von Arbeitsplatzrisiko und Vermögensrisiko sowie die Portabilität und Handelbarkeit von Beteiligungen Berücksichtigung finden. Als ein Instrument zum langfristigen Vermögensaufbau bei Arbeitnehmern bietet sich eine nachgelagerte Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen an, wie sie inzwischen auch bei Altersvorsorgemodellen wie der Riesterrente praktiziert wird.

JEL Classification:
D31, I31

Keywords:
Wealth inequality, SOEP, Wealth composition, Inequality

17 Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2007, 623.
18 Bach, S., Houben, H., Maiterth, R., Schupp, J.: Erbschaftsteuerreform: gleichmäßige Vermögenserfassung und niedrigere Steuersätze statt selektiver Besteuerung. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 52, DIW Berlin, Oktober 2007.

19 Vgl. Bach et al., a. a. O, 8.

Nanotechnologie in der Bevölkerung noch wenig bekannt

Bernhard von Rosenbladt
Bernhard.Rosenbladt@tns-infratest.com

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Die „Technikakzeptanz" der Bevölkerung ist seit den 70er Jahren immer wieder Gegenstand von Umfragen. Dabei geht es vor allem um kontrovers diskutierte gesellschaftliche Konsequenzen der Kernenergie, der Informations- und Kommunikationstechniken und der Gentechnik. Heute ist es neben der Biotechnologie zunehmend die Nanotechnologie, die im Hinblick auf ihr wirtschaftliches Zukunftspotential, aber auch ihre möglichen Risiken ins Blickfeld rückt. Nach einer Sondererhebung im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) hat etwa die Hälfte der Befragten von dem Begriff „Nanotechnologie" schon etwas gehört. Insgesamt kann sich allerdings nur ein Fünftel der Befragten etwas Konkretes darunter vorstellen. Nur jeder sechste Befragte gibt an, dass er Produkte der Nanotechnologie kennt.

Die Einstellungen der Bevölkerung zu Wissenschaft und Technik waren schon häufig Gegenstand empirischer Untersuchungen.[1] Bei aller Unterschiedlichkeit der Ergebnisse im Einzelnen zeigt sich dabei ein relativ klares Gesamtbild. Etwa ein Drittel der Bevölkerung äußert stärkeres Interesse an Fragen von Wissenschaft und Technik. Der Anteil ist höher bei Männern als bei Frauen, und er steigt stark mit zunehmendem Bildungsniveau, das Alter spielt dagegen keine große Rolle.

Wird bei Befragungen nach den Grundeinstellungen gegenüber dem wissenschaftlich-technischem Fortschritt eine klare Entscheidung verlangt – „Segen oder Fluch", „help or harm", „mehr Vorteile oder mehr Nachteile" –, überwiegen die Befürworter gegenüber den Kritikern deutlich. Lässt die Antwortvorgabe hingegen auch mittlere Positionen zu, nimmt der größte Teil der Befragten eine ambivalente Haltung ein.

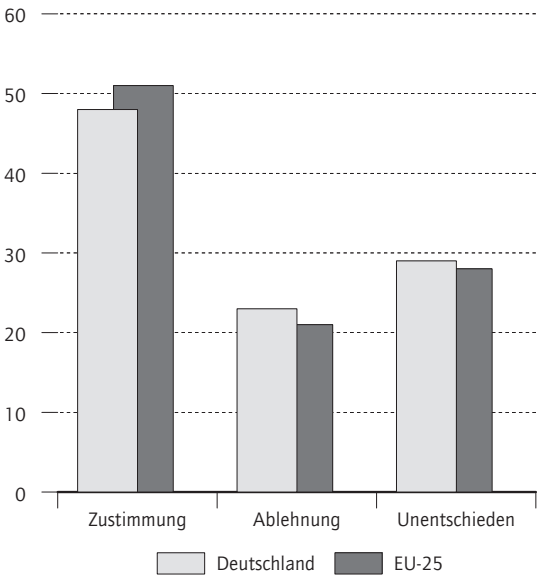
Hoffnungen und Ängste machen sich an verschiedenen Technologiebereichen in unterschiedlicher Weise fest. So führt das Versprechen medizinischer Fortschritte zu positiven Urteilen. Wird dagegen eine Technologie mit Risiken für die Gesundheit oder für die Arbeitsplätze in Verbindung gebracht, werden die Urteile in der Tendenz eher negativ.

1 Von Rosenbladt, B.: Einstellungen zu Wissenschaft und Technik – Perspektiven der Umfrageforschung. In: Jaufmann, D., Kistler, E. (Hrsg.): Sind die Deutschen technikfeindlich? Opladen 1988; Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Jugend und Technik – Technik und Schule. Bonn 1982; Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Einstellungen zu Forschung und Technik, Bonn 1986; Kistler, E., Schäfer-Walkmann, S.: Technikeinstellungen in der Bevölkerung 1997. Inifes-Bericht an das TAB (Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag), Stadtbergen 1997. Hennen, L.: Monitoring „Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik". TAB-Arbeitsbericht Nr. 54, Bonn 1997.

Abbildung 1

Einstellung zu riskanten Zukunftstechnologien

In Prozent



Quellen: Eurobarometer; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Tabelle 1

Starkes bzw. sehr starkes Interesse an Wissenschaft und Technik

Anteile[1] in Prozent

Nach Bildungsniveaus	
Haupt-/Volksschule	22
Mittlere Reife	29
Abitur, Fachhochschulreife	54
Nach Altersgruppen	
16–29 Jahre	35
30–49 Jahre	29
50–65 Jahre	38
über 65 Jahre	26

1 Bezogen auf die jeweilige Gruppe der erwachsenen Bevölkerung.

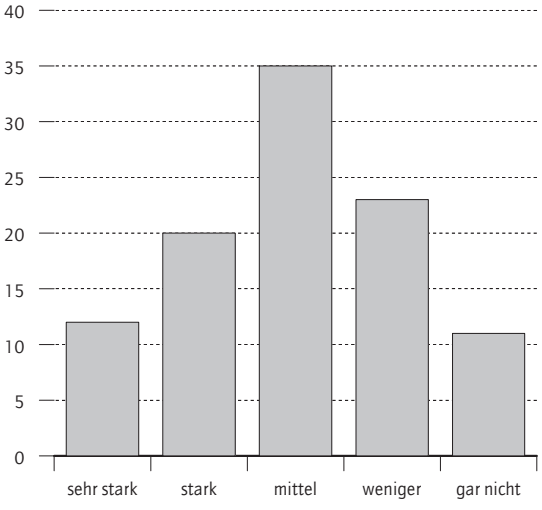
Quellen: SOEP-Sondererhebung 2006; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Inzwischen hat sich auch die Europäische Kommission des Themas angenommen. Informationen zu den Einstellungen gegenüber Wissenschaft und Technik werden im Rahmen von Eurobarometer-Befragungen erhoben.[2] Dramatisierende Diagnosen wie die von der „Technikfeindlichkeit der Deutschen", die in den 80er und 90er Jahren gerne gestellt wurden, erweisen sich als wenig fundiert. Es zeigt sich nämlich, dass die Einstellungen der Befragten in Deutschland in den meisten Punkten recht nah am europäischen Durchschnitt liegen. Dies gilt auch für die Grundsatzfrage, ob neue, viel versprechende Zukunftstechnologien auch dann vorangetrieben werden sollten, wenn sie ungeklärte Risiken mit sich bringen (Abbildung 1).

Abbildung 2

Interesse für Fragen von Wissenschaft und Technik

In Prozent



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Neue Befragungsergebnisse für Deutschland

Im Jahr 2006 wurde im Rahmen des SOEP eine repräsentative Bevölkerungsbefragung mit 1 063 Interviews durchgeführt; sie diente im wesentlichen der Grundlagenforschung zur Wahrnehmung und Bewertung von Risiken aller Art. Die Nanotechnologie wurde dabei als ein aktuelles und konkretes Beispiel gewählt.[3]

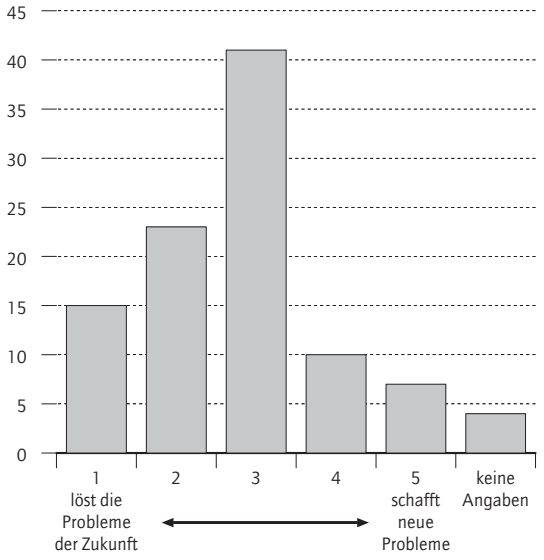
Knapp ein Drittel der Bevölkerung (32 Prozent) interessiert sich danach stark oder sehr stark für „Fragen von Wissenschaft und Technik" (Abbildung 2). Männer bezeichnen sich zu 50 Prozent als interessiert, Frauen dagegen nur zu 16 Prozent. Ähnlich große Antwortdifferenzen finden sich in anderen Untersuchungen bei Fragen nach dem „Interesse für Technik".[4] Fragt man dagegen nur nach dem Interesse für „Wissenschaft", so unterschei-

2 EU Kommission: Europeans, Science and Technology. Eurobarometer, Luxemburg 2005. Die jüngste Schwerpunktbefragung zu diesem Thema wurde Anfang 2005 in 25 EU-Mitgliedstaaten und 7 weiteren Ländern durchgeführt. Die Eurobarometer-Umfragen (Standard) werden seit 2004 von TNS Opinion, Brüssel, koordiniert. In Deutschland werden die Umfragen von TNS Infratest durchgeführt.
3 Die Befragung wurde mit computerunterstützten mündlich-persönlichen Interviews durchgeführt.
4 Vgl. Hennen, L. a. a. O., 89.

Abbildung 3

Frage: „Helfen Wissenschaft und Technik die Probleme der Zukunft zu lösen oder schaffen sie eher neue?"

In Prozent



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

den sich die Antworten von Frauen und Männern deutlich weniger.[5] Im Übrigen ist das geäußerte Interesse für Wissenschaft und Technik in hohem Maße bildungsabhängig, aber nur in geringem Maße altersabhängig (Tabelle 1).

Angaben zur Grundeinstellung gegenüber Wissenschaft und Technik konnten bei der Befragung auf einer 5-stufigen Skala gemacht werden. Der größte Teil der Befragten wählte die ambivalente, mittlere Position (41 Prozent) oder verweigerte eine Einstufung (4 Prozent) (Abbildung 3). Unter den übrigen spricht eine deutliche Mehrheit (38 Prozent) Wissenschaft und Technik eine positive, problemlösende Rolle zu, 17 Prozent neigen dagegen zu einer kritischen Einschätzung.

In dem Drittel der Bevölkerung, das an Fragen von Wissenschaft und Technik ausdrücklich interessiert ist, stehen 55 Prozent mit einer eher positiven Grundeinstellung nur 11 Prozent mit einer eher negativen Grundeinstellung gegenüber. Dagegen sind in dem Bevölkerungsdrittel, das wenig Interesse an Wissenschaft und Technik äußert, die positive und die eher negative Grundeinstellung gleich häufig vertreten (23 Prozent zu 25 Prozent).

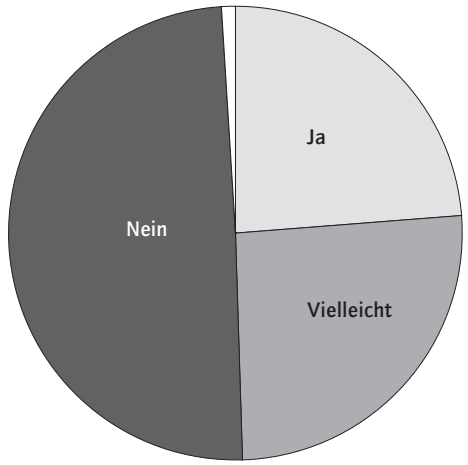
Informations- und Diskussionsangebote, die unter Namen wie „Wissenschaftsdialog", „Forschungsdialog" oder „Zukunftsdialog" auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiiert oder unterstützt werden, stoßen bei einem Viertel der Befragten auf Interesse (Abbildung 4).

5 Im Eurobarometer 2005 wurde u. a. nach dem Interesse an „New scientific discoveries" gefragt. Männer äußern hieran zu 36 % starkes Interesse, Frauen zu 25 %.

Abbildung 4

Frage: „Würden Sie sich gerne an einem Zukunfts- und Wissenschaftsgespräch über die Rolle von Wissenschaft und Technik beteiligen?"

In Prozent



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Nur wenige Bürger haben klare Vorstellungen zur Nanotechnologie

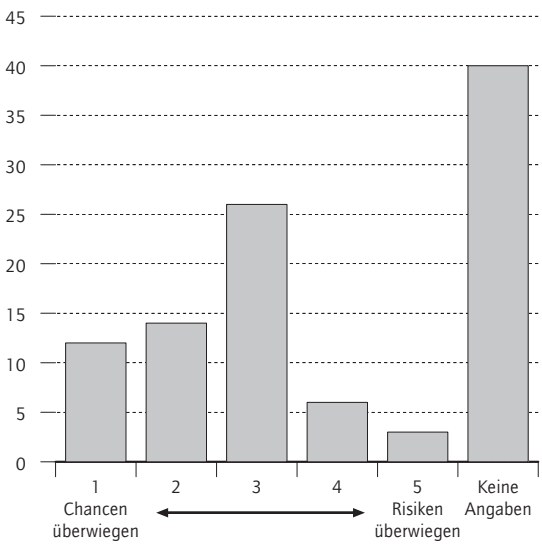
Das BMBF hat eine Strategie zur Förderung der Nanotechnologie auf den Weg gebracht, in deren Vorstellung es unter anderem heißt: „Nanotechnologie gilt zunehmend als Zukunftstechnologie schlechthin. Statt *immer höher, immer weiter* lautet ihr Motto *immer kleiner, immer schneller*. … Die künftigen Fortschritte der Nanotechnologie entscheiden mit über die weitere Entwicklung zukunftsträchtiger Branchen."[6] Den positiven Visionen und Verheißungen stehen allerdings – ähnlich wie bei der Biotechnologie – Risiken und ungeklärte Wirkungen gegenüber, die in der Fachöffentlichkeit intensiv diskutiert werden.

6 Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat zur Nanotechnologie im Jahr 2002 ein eigenes Förderprogramm eingerichtet. Auf der BMBF-Website findet sich eine Art „Nanotech-Portal", das ein breites Informationsangebot bereitstellt, *www.bmbf.de/de/nanotechnologie.php*. Chancen und Risiken dieser (und anderer) Schlüsseltechnologien werden in verschiedenen Ansätzen eines „Forschungsdialogs" oder „Zukunftsdialogs" diskutiert. BMBF: Nanotechnologie – eine Zukunftstechnologie mit Visionen. *www.bmbf.de/de/nanotechnologie.php*. Zu erwähnen ist auch der vom BMBF initiierte Futur-Dialog zur Gestaltung von Technologiepolitik, *www.isi.fraunhofer.de/p/Projektbeschreibungen/cu.futur.htm*.

Abbildung 5

Frage: „Überwiegen bei der Nanotechnologie die Chancen oder die Risiken?“

In Prozent



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Abbildung 6

Frage: „Kennen oder nutzen Sie Produkte der Nanotechnologie?“

In Prozent

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Die Nanotechnologie[7] ist bisher noch weniger im Bewusstsein der Bevölkerung „angekommen“ als andere Zukunftstechnologien. Dies gilt, wie die Eurobarometer-Erhebung 2005 zu Science und Technology gezeigt hat, für Deutschland ebenso wie für die anderen europäischen Länder. Die Umfrage im Rahmen des SOEP im Jahr 2006 sollte etwas weitergehende Aufschlüsse über Vorstellungen der Bevölkerung zur Nanotechnologie geben. Dabei geht es einerseits um die Informiertheit, also darum, in welchem Maße überhaupt Vorstellungen zur Nanotechnologie vorhanden sind, und zum anderen um die Bewertung, also die Abwägung von Chancen und Risiken.

Nach Ergebnissen der SOEP-Erhebung ist der Wissensstand in der Bevölkerung zur Nanotechnologie bisher äußerst gering. Nur etwa die Hälfte der Befragten hat vom Begriff Nanotechnologie überhaupt schon gehört, und ein erheblicher Teil davon kann keinerlei Angabe zur Bedeutung dieses Begriffs machen. Es verbleiben 35 Prozent, die mit der Nanotechnologie gewisse Vorstellungen verbinden.

Von den Befragten, die überhaupt etwas mit dem Begriff Nanotechnologie verbinden, gibt jeder Zweite nur ein sehr allgemeines Stichwort im Sinne von „etwas Kleines“ an (Tabelle 2). Etwa jeder Zehnte verbindet den Begriff mit allgemein wertenden Vorstellungen, sei es positiv („Fortschritt“, 10 Prozent) oder negativ („Risiken/Gefahren“, 1 Prozent). Die übrigen nennen konkretere Stichworte zu verschiedenen Anwendungsbereichen. Im Einzelnen sind manche Nennungen fragwürdig oder nur bedingt zutreffend (z. B. „Desy“, „hat was mit Uran zu tun“, „Fernsehsendung auf 3Sat“).

Unabhängig davon, ob Befragte konkrete Vorstellungen zur Nanotechnologie haben, wurden sie um eine allgemeine Bewertung gebeten: *„Manche halten es für fraglich, ob bei der Nanotechnologie*

7 Vgl. Erber, G.: Große Potentiale der Nanotechnologie in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 25/2007.

Tabelle 2

Vorstellungen der erwachsenen Bevölkerung zur Nanotechnologie in Deutschland 2006

Anteile in Prozent

	Befragte insgesamt	Nennungen
Fundierteres Wissen	**14**	**39**
Computer, Elektronik, Raumfahrt, Kommunikation	–	10
Medizin, Biologie	–	11
Materialien, Lotuseffekt, Reinigung	–	12
Mehrere konkrete Angaben	–	6
Vages Wissen	**22**	**61**
„Kleine Teile“, Mikrotechnik, Physik	–	49
Fortschritt, Zukunft, neue Technik (allgemein)	–	10
Risiken, Gefahren	–	1
Befragte mit Nennungen	**36**	**100**
Keine Nennungen bzw. keinerlei Wissen	64	–
Alle Befragten	100	–

Quellen: SOEP-Sondererhebung 2006; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

die Chancen oder die Risiken überwiegen. Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu?" Diese Bewertungsfrage wurde von 60 Prozent der Befragten beantwortet (obwohl nur 36 Prozent konkrete Vorstellungen zur Nanotechnologie nennen konnten). Die meisten wählen dabei die mittlere, ambivalente Antwortposition (26 Prozent) (Abbildung 6). Ebenfalls 26 Prozent meinen, bei der Nanotechnologie überwögen die Chancen. Dem stehen 9 Prozent gegenüber, die eher die Risiken im Vordergrund sehen. Diese Antwortverteilung ist also sehr ähnlich der allgemeinen Bewertung von Wissenschaft und Forschung.

Ebenso wie das allgemeine Interesse an Wissenschaft und Technik sind auch die Kenntnisse über die Nanotechnologie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ausgeprägt, und zwar nach dem gleichen Muster: Sie sind in starkem Maße abhängig vom Bildungsniveau. Männer haben mehr Kenntnisse als Frauen. Die Altersgruppen unterscheiden sich relativ wenig; nur die Befragten über 65 Jahre bleiben in ihren Kenntnissen hinter den jüngeren Altersgruppen zurück. In den Gruppen mit mehr Kenntnissen über die Nanotechnologie fallen die Bewertungen von Chancen und Risiken positiver aus: Die Chancen werden höher bewertet, die Risiken weniger betont.

Fazit

Insgesamt sind die Vorstellungen der Bevölkerung zur Nanotechnologie noch wenig ausgeprägt. Angesichts der großen wirtschaftlichen Potentiale dieser Technologie und ihrer Auswirkungen auf Arbeits- und Konsumwelt gäbe es durchaus Anlass für einen intensivierten Wissenschaftsdialog mit dem Ziel der Verbesserung des Informationsstandes. Dafür spricht auch, dass in die Erforschung und Anwendung der Nanotechnologie nicht nur private, sondern in erheblichem Umfang auch öffentliche Mittel fließen. Allerdings dürfen die Wirkungen von Informationen im Internet und in Broschüren nicht überschätzt werden. Derartige Angebote – die ja bisher schon verfügbar sind – bleiben in der Regel auf einer abstrakten Ebene, die wenig Verbindung zur Lebenswelt der Bürger hat. Solche Verbindungen können sich über konkrete Produkte, in denen sich die neue Technologie niederschlägt, herstellen. Eine andere Form sind politische oder ethische Kontroversen, die die Aufmerksamkeit auf das Thema lenken. Hier sollten insbesondere auch die allgemeinbildenden Schulen das Thema im Unterricht aufgreifen.[8] Ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Nanotechnologie, bedarf eines informierten gesellschaftlichen Dialogs.

8 Siehe dazu auch Erber, G. in DIW@school, Nr. 2/2007, im Erscheinen.

JEL Classification:
A14, D84, Z13

Keywords:
Nanotechnology, SOEP

Sarah Borgloh, Frank Kupferschmidt, Berthold U. Wigger

Verteilungseffekte der öffentlichen Finanzierung der Hochschulbildung in Deutschland: Eine Längsschnittbetrachtung auf der Basis des Sozioökonomischen Panels

Der vorliegende Beitrag untersucht die Verteilungswirkungen der Hochschulfinanzierung im Längsschnitt. Die Leistungen, die Hochschulabsolventen in Form der Hochschulbildung erhalten, werden den hochschulbezogenen (Steuer-)Lasten der Hochschulabsolventen gegenübergestellt. Es zeigt sich, dass Hochschulabsolventen von positiven Nettoeffekten der öffentlichen Hochschulfinanzierung profitieren, da sie die Kosten der Hochschulausbildung nicht durch entsprechende Steuerzahlungen zurückerstatten. Besonders hohe Nettoeffekte ergeben sich für Mediziner, besonders geringe dagegen für Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Die Ergebnisse unterstützen die Forderung nach einem differenzierten Studienentgeltsystem, das die nach Hochschulart und Fächergruppe unterschiedlichen Nettoeffekte berücksichtigt.

SOEPpapers No. 42

Jürgen Friedrichs

Which Progress for Poverty Studies Can We Expect from New Large Data Sources?

SOEPpapers No. 43

Viktor Steiner, Katharina Wrohlich

Introducing Family Tax Splitting in Germany: How Would It Affect the Income Distribution, Work Incentives and Household Welfare?

We analyze the effects of three alternative proposals to reform the taxation of families relative to the current German system of joint taxation of couples and child allowances: a French-type family splitting and two full family splitting proposals. The empirical analysis of the effects of these proposals on the income distribution and on work incentives is based on a behavioral micro-simulation model which integrates an empirical household labor supply model into a detailed tax-benefit model based on the German Socio Economic Panel. Our simulation results show that, under each reform, the lion's share of the reduction in taxes would accrue to families with children in the upper part of the income distribution, and that expected labor supply effects are small for all analyzed family tax splitting reforms, both in absolute terms and relative to the implied fiscal costs. If budgetary balance were financed by a lump-sum reduction of the child benefit, our results suggest that none of the reforms would be welfareimproving.

SOEPpapers No. 44

Simon Luechinger, Alois Stutzer, Rainer Winkelmann

The Happiness Gains From Sorting and Matching in the Labor Market

Sorting of people on the labor market not only assures the most productive use of valuable skills but also generates individual utility gains if people experience an optimal match between job characteristics and their preferences. Based on individual data on subjective well-being it is possible to assess these latter gains from matching. We introduce a two-equation ordered probit model with endogenous switching and study self-selection into government and private sector jobs. In an analysis with data from the European Social Survey, we find considerable gains from matching amounting to an increase in the fraction of very satisfied workers from 53.8 to 58.8 percent relative to a hypothetical random allocation of workers to the two sectors. A companion analysis of data from the German Socio-Economic Panel shows that selection on unobservables is reduced once we include additional controls for preference heterogeneity.

SOEPpapers No. 45

Hendrik Schmitz, Viktor Steiner

Benefit-Entitlement Effects and the Duration of Unemployment: An Ex-ante Evaluation of Recent Labour Market Reforms in Germany

We analyse benefit-entitlement effects and the likely impact of the recent reform of the unemployment compensation system on the duration of unemployment in Germany on the basis of a flexible discrete-time hazard rate model estimated on pre-reform data from the German Socio-economic Panel. We find (i) relatively strong benefit-entitlement effects for the unemployed who are eligible to means-tested unemployment assistance after the exhaustion of unemployment benefit, but not for those without such entitlement; (ii) that benefit-entitlement effects on hazard rates are not monotonic in time to benefit-exhaustion but rather occur around the month of benefit-exhaustion, and (iii) relatively small marginal effects of the amount of unemployment compensation on the duration of unemployment. Simulation results show that the recent labour market reform is unlikely to have a major impact on the average duration of unemployment in the population as a whole, but will significantly reduce the level of long-term unemployment among older workers.

SOEPpapers No. 46

Amelie Constant, Klaus F. Zimmermann

Measuring Ethnic Identity and Its Impact on Economic Behavior

The paper advocates for a new measure of the ethnic identity of migrants, models its determinants and explores its explanatory power for various types of their economic performance. The ethnosizer, a measure of the intensity of a person's ethnic identity, is constructed from information on the following elements: language, culture, societal interaction, history of migration, and ethnic self-identification. A two-dimensional concept of the ethnosizer classifies migrants into four states: integration, assimilation, separation and marginalization. The ethnosizer largely depends on pre-migration characteristics. Empirical evidence studying economic behavior like work participation, earnings and housing decisions demonstrates the significant relevance of ethnic identity for economic outcomes.

SOEPpapers No. 47

Anita I. Drever

Germans in Germany's Ethnic Neighborhoods

In contrast to most research on the effects on residents of living in an ethnic neighborhood, this paper explores how living within an ethnic neighborhood affects members of the dominant ethnic group – in this case Germans – rather than the minorities that define it. The results indicate that Germans living within ethnic neighborhoods are less well off financially than their peers in other parts of the city, and are more likely to be living in large buildings in need of repair. The analysis did not however suggest that Germans living in ethnic neighborhoods have fewer social contacts, or that they are more likely to be unemployed. Indeed, Germans living within ethnic neighborhoods reported levels of satisfaction with their housing and standard of living equal to Germans elsewhere. These results would seem to paint a rosy picture of the lives of German residents of ethnic neighborhoods, were it not for a notable absence of school-aged German children within these spaces.

SOEPpapers No. 48

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka

Item non-response and Imputation of Annual Labor Income in Panel Surveys from a Cross-National Perspective

Using data on annual individual labor income from three representative panel datasets (German SOEP, British BHPS, Australian HILDA) we investigate a) the selectivity of item non-response (INR) and b) the impact of imputation as a prominent post-survey means to cope with this type of measurement error on prototypical analy-ses (earnings inequality, mobility and wage regressions) in a cross-national setting. Given the considerable variation of INR across surveys as well as the varying degree of selectivity build into the missing process, there is substantive and methodological interest in an improved harmonization of (income) data production as well as of imputation strategies across surveys. All three panels make use of longitudinal information in their respective imputation procedures, however, there are marked differences in the implementation.

Firstly, although the probability of INR is quantitatively similar across countries, our empirical investigation identifies cross-country differences with respect to the factors driving INR: survey-related aspects as well as indicators accounting for variability and complexity of labor income composition appear to be relevant. Sec-ondly, longitudinal analyses yield a positive correlation of INR on labor income data over time and provide evidence of INR being a predictor of subsequent unit-non-response, thus supporting the "cooperation contin-uum" hypothesis in all three panels. Thirdly, applying various mobility indicators there is a robust picture about earnings mobility being significantly understated using information from completely observed cases only. Fi-nally, regression results for wage equations based on observed ("complete case analysis") vs. all cases and controlling for imputation status, indicate that individuals with imputed incomes, ceteris paribus, earn signifi-cantly above average in SOEP and HILDA, while this relationship is negative using BHPS data. However, once applying the very same imputation procedure used for HILDA and SOEP, namely the "row-and-column-imputation" approach suggested by Little & Su (1989), also to BHPS-data, this result is reversed, i.e., individuals in the BHPS whose income has been imputed earn above average as well. In our view, the reduction in cross-national variation resulting from sensitivity to the choice of imputation approaches underscores the importance of investing more in the improved cross-national harmonization of imputation techniques.

SOEPpapers No. 49

Richard Layard, Guy Mayraz, Stephen J. Nickell

The marginal utility of income

In normative public economics it is crucial to know how fast the marginal utility of income declines as income increases. One needs this parameter for cost-benefit analysis, for optimal taxation and for the (Atkinson) measurement of inequality. We estimate this parameter using four cross-sectional surveys of subjective well-being and two panel surveys. Altogether, we use data from over 50 countries, and in a period extending from 1972 to 2005. In all six surveys we find a consistent relationship between reported well-being and income. We estimate the elasticity of marginal utility with respect to income at around (minus) 1.26. In the second part of the paper we ask whether true utility may not have a convex relationship to reported happiness, making it less concave with respect to income. We find some evidence of this, so that the elasticity of marginal utility with respect to income may be somewhat lower at roughly (minus) 1.2.

SOEPpapers No. 50

Stefan Bach, Giacomo Corneo, Viktor Steiner

From Bottom to Top: The Entire Distribution of Market Income in Germany, 1992–2001

We analyze the distribution and concentration of market incomes in Germany in the period 1992 to 2001 on the basis of an integrated data set of individual tax returns and the German Socio-Economic Panel. The unique feature of this integrated data set is that it encompasses the whole spectrum of the population, from the very poor to the very rich. We find a modest increase in overall inequality of market incomes as measured by the Gini coefficient. However, we also document a substantial drop of median income and a remarkable income growth at the top 0.1% of the income distribution. The increase of income inequality was stronger in East Germany than in West Germany. In both regions, the income concentration process strongly benefited the economic elite, which we define as the richest 0.001% persons in the population. While the elite mainly obtains its income from business and capital, the income share that it receives in form of wage income is increasing.

SOEPpapers No. 51

Stefan Bach, Henriette Houben, Ralf Maiterth, Jürgen Schupp

Erbschaftsteuerreform: Gleichmäßige Vermögenserfassung und niedrigere Steuersätze statt selektiver Besteuerung

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer muss grundlegend reformiert werden. Grund- und Betriebsvermögen sollen nach dem Ertragswertverfahren bewertet werden. Das bedeutet eine deutliche Annäherung an die Verkehrswerte, macht jedoch das Besteuerungsverfahren aufwändiger und streitanfälliger. Ein moderater Freibetrag für Betriebsvermögen sowie Stundungsregelungen für die Steuerbelastung reichen aus, um Probleme bei der Unternehmensnachfolge zu mildern. Mögliche Mehreinnahmen aus der Höherbewertung des Grund- und Betriebsvermögens von schätzungsweise einem Drittel des bisherigen Aufkommens sollten primär für die Senkung der Steuersätze verwendet werden, sofern die Reform aufkommensneutral sein soll. Da es bisher keine empirische Evidenz für besondere wirtschaftliche Nachteile der Erbschaftsbesteuerung gibt, ist eine deutliche Steuerentlastung oder sogar Abschaffung der Erbschaftsteuer nicht sinnvoll.

The inheritance and gift tax must be reformed fundamentally. Real estate and business property should be appraised according to the income approach. This better captures the real market values. However, assessment procedures might become more complex and controversial. A modest allowance for business property and a deferment of tax payments could mitigate sufficiently potential liquidity shortfalls in taking over a company. A higher appraisal of real estate and business property would imply an extra tax revenue of about on third. This should be used to reduce the tax rates if a revenue-neutral reform is to be achieved. By now, there is no empirical evidence of important economic drawbacks caused by the inheritance and gift taxation. Thus, a considerable reduction or even abolition of the tax is not at the agenda of German tax policy.

SOEPpapers No. 52

Joachim R. Frick, Olaf Groh-Samberg

To Claim or Not to Claim: Estimating Non-Take-Up of Social Assistance in Germany and the Role of Measurement Error

Using representative micro data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) for the year 2002, we analyse non-take-up behaviour of Social Assistance (SA) in Germany. According to our simulation as much as 67 percent of the eligible population did not claim SA in that year which is slightly higher than reported in previous work. We particularly emphasize the role of measurement error in estimating non-take-up. First, we consider misspecifications of the simulation model due, e.g., to households claiming to have received SA although not simulated as eligible ("beta-error"). Second, we employ sensitivity analyses revealing the impact of measurement errors in reported household income and wealth as well as in simulated needs. Misreported household incomes appear to have the greatest impact on the estimated non-take-up rates, as shown in Monte-Carlo-type simulations. Regression analysis of the potential determinants of non-take-up behaviour confirm that rational motives – i.e., the expected net utility from claiming – as well as stigma and other barriers play a crucial role in explaining the puzzle of large non-take-up rates of SA.

SOEPpapers No. 53

Rainer Unger

Gesundheit im Lebenslauf. Zur relativen Bedeutung von Selektions- gegenüber Kausaleffekten am Beispiel des Familienstands

In diesem Beitrag wird der relative Anteil von Selektions- gegenüber Kausaleffekten bei den Gesundheitsunterschieden zwischen Verheirateten und Ledigen untersucht. Mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) werden Mehrzustands-Sterbetafeln berechnet, um sowohl Wechsel zwischen Gesundheitszuständen als auch Wechsel zwischen den Familienständen simultan im Lebensverlauf zu bestimmen. Dabei zeigt sich, dass – entgegen den bislang vor-liegenden Untersuchungen, die jedoch den Selektionseinfluss nicht kontrollieren – dem Pro-tektionseinfluss und damit einer kausalen Wirkung der Ehe auf den Gesundheitszustand keine Bedeutung zukommt. Vielmehr lässt sich der Gesundheitsunterschied vollständig auf die Selektion der Gesünderen in die Ehe erklären.

SOEPpapers No. 54

Bruce Headey

The Set-point Theory of Well-being Needs Replacing – On the Brink of a Scientific Revolution?

Set-point theory has dominated the field of subjective well-being (SWB). It has served as a classic Kuhn research paradigm, being extended and refined for thirty years to take in new results. The central plank of the theory is that adult set-points do not change, except just temporarily in the face of major life events. There was always some 'discordant data', including evidence that some events are so tragic (e.g. the death of one's child) that people never recover back to their set-point. It was possible to dismiss these events as 'exceptions' and maintain the theory. However, several new findings are now emerging, which it is increasingly difficult to dismiss as 'exceptions' and which appear to require substantial revisions or replacement of set-point theory. Many of these findings are based on data from the German Socio-Economic Panel Survey (SOEP, 1984–) which provides clear evidence of large, long term changes in the set-points of substantial minorities of the population.

This paper reviews recent findings and highlights lines of theory development which, at minimum, represent substantial revisions to set-point theory and which may perhaps lead to replacement of the paradigm. There is evidence to suggest that individuals with certain personality traits are more likely to record long term change in SWB than others. Also, SWB appears to depend partly on choice/prioritisation of some life goals rather than others. Pursuit of non-zero sum goals (family and altruistic goals) leads to higher SWB than pursuit of zero sum goals (career advancement and material gains). Both these new lines of theory appear promising and the second, in particular, cannot sensibly be reconciled with set-point theory.

SOEPpapers No. 55

David Glowsky

Staatsbürgerschaft als Ressource bei der Heirat ausländischer Frauen. Eine Analyse mit Daten des Sozio-oekonomischen Panel

Der Beitrag untersucht, welche Faktoren dazu führen, dass deutsche Männer Frauen aus dem ökonomisch schwächeren Ausland heiraten. Aus allgemeinen Partnerwahltheorien (Austauschtheorie, ökonomische Theorie der Familie) werden zwei Hypothesen abgeleitet. 1. Geringe physische und soziale Attraktivität sowie schlechte Gelegenheiten auf dem deutschen Heiratsmarkt begünstigen die Heirat mit einer Frau aus dem ärmeren Ausland. 2. Deutsche Männer heiraten Frauen aus dem ärmeren Ausland, da sie hier – bevorteilt durch das ökonomische Gefälle zwischen den Herkunftsländern – attraktivere Partnerinnen wählen können als es ihnen auf dem deutschen Heiratsmarkt möglich wäre. Die Hypothesen werden mit Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP, 1984–2005) getestet. Erstens zeigt sich, dass Männer mit Ehefrauen aus dem ärmeren Ausland ähnlich attraktiv sind und über ähnliche Sozialkontakte verfügen wie Männer mit deutschen Ehefrauen. Zweitens neigen deutsche Männer über 30 Jahre aufgrund eines altersbedingten Heiratsengpasses besonders zur Heirat mit Frauen aus dem ärmeren Ausland. Drittens wird bestätigt, dass deutsche Männer in diesen Ehen verhältnismäßig attraktivere Partnerinnen heiraten können.

SOEPpapers No. 56

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion
Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
Walter Grützmacher GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Amelie Constant, Rowan Roberts, Klaus F. Zimmermann

Ethnic Identity and Immigrant Homeownership

Immigrants are much less likely to own their homes than natives, even after controlling for a broad range of life-cycle and socio-economic characteristics and housing market conditions. This paper extends the analysis of immigrant housing tenure choice by explicitly accounting for ethnic identity as a potential influence on the homeownership decision, using a two-dimensional model of ethnic identity that incorporates attachments to both origin and host cultures. The evidence suggests that immigrants with a stronger commitment to the host country are more likely to achieve homeownership for a given set of socioeconomic and demographic characteristics, regardless of their level of attachment to their home country.

SOEPpapers No. 57

Daniel Horgos

Labor Market Effects of International Outsourcing: How Measurement Matters

As regards labor market effects of International Outsourcing, empirical studies have difficulties in confirming theoretical results. The use of different indices adds to the puzzle. The paper examines whether measurement differences are one reason for the mismatch between empirical and theoretical findings. In fact, considering the properties of various outsourcing indices and applying a panel data estimation of the effects on the within industries' wage gap in Germany, theory and empirics can be reconciled: while the wage gap increases in the aggregate, the service sector and the high skill intensive industries, it decreases in the low skill intensive industries – which is in line with theoretical findings by Arndt (1997, 1998).

SOEPpapers No. 58

Mathias Sinning

Wealth and Asset Holdings of Immigrants in Germany

This paper examines the relative wealth position and the portfolio choices of immigrants in Germany. The empirical findings reveal significant differences in overall wealth and various wealth components between German natives and immigrants. Differences in real estate constitute the major part of different levels of net worth, indicating that disparities in home-ownership rates are responsible for the main part of the overall wealth gap. Moreover, migrants' degree of portfolio diversification is significantly lower than that of comparable natives. The results of a decomposition analysis suggest that differences in wealth and asset holdings may be explained by disparity in educational attainment to a sizable extent, while the effects of income differentials and differences in demographic characteristics are insignificant.

SOEPpapers No. 59

Die Volltextversionen der SOEPpapers liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden *(http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html* oder *http://www.diw.de/deutsch/sop/soeppub/soeppapers)*.

The full text versions of the SOEPpapers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website *(http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html* or *http://www.diw.de/soeppapers)*.